



**Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!**

Aus der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 19. März 2009

# Sozialpass: Jetzt muss etwas weitergehen!

## RAT UND HILFE



**Wohnungsstadträtin  
 Elke Kahr - KPÖ,  
 Tel. 0316 / 872 20 60**

Immer mehr Menschen kommen mit dem Geld nicht mehr aus. Ein Sozialpass könnte Abhilfe schaffen. Gerade dabei geht in Graz aber nichts weiter. ÖVP und Grüne schieben die Verantwortung auf die SPÖ, bei der SPÖ ist es umgekehrt.

Es geht aber vor allem darum, dass alle Magistratsabteilungen und alle politischen Kräfte jetzt an einem Strang ziehen, damit diese wichtige soziale Initiative gerade in einer schwierigen Zeit verwirklicht wird.

Deshalb stellte **Gemeinderat Christian Sikora** (KPÖ) folgenden Antrag:

Die rasche Einführung eines Sozial- bzw. Aktivpasses in Graz ist ein wichtiges Vorhaben der Stadt Graz, das vorrangig zu behandeln ist. Alle zuständigen Abteilungen des Magistrates werden aufgefordert, die Voraussetzungen für

seine Einführung zu schaffen. **KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr:** „In Linz und einigen obersteirischen Städten gibt es den Sozialpass bereits. Der Berlin-Pass in der deutschen Hauptstadt ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen ein würdiges Leben.

Die Armut darf in Graz nicht zum politischen Spielball werden. Deshalb muss die Entlastung für Grazer Familien sofort und unbürokratisch umgesetzt werden.

Wir sollten im Grazer Rathaus für alle Leute da sein - nicht nur für Investoren und Banken.“

## Rundfunkgebührenbefreiung

Die Befreiung von der Rundfunkgebühr ist eine gute Sache. Sie gilt aber nicht für Menschen, die arbeiten und sehr wenig Geld dafür bekommen.

Diesen Menschen wird keine Befreiung gewährt, obwohl ihr



Einkommen geringer als der Richtsatz für die Gewährung einer Ausgleichszulage ist oder diesen

nicht wesentlich überschreitet. Dies stellt eine sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung dar. **KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer** machte auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam und forderte Abhilfe.

## Wir brauchen jetzt Schulpsychologen“



alle Sekundarschulen in Graz zumindest einmal wöchentlich

Mit einem Dringlichkeitsantrag im Grazer Gemeinderat drängte Mag. Andreas Fabisch darauf, dass in Zukunft

ein Schulpsychologe mit Mediationsausbildung an der Schule selbst (ähnlich dem Schularzt) zur Verfügung steht.

Fabisch: „Fast gleichzeitig mit den Berichten über den Amoklauf an einer deutschen Schule kam die Meldung, dass das Unterrichtsministerium eine bereits zugesagte Aufstockung

der Zahl der Schulpsychologen (4 davon in der Steiermark) wieder zurückgezogen hat. Es ist aber höchst an der Zeit, Verhaltensauffälligkeiten durch neutrale Fachleute vor Ort - also an der Schule selbst - besser betreuen zu können. Dazu ist es notwendig, dass in allen Schulen mindestens einmal pro

Woche ein Schulpsychologe (ähnlich dem Schularzt) seine Sprechstunden hält.

In der jetzigen Situation ist es notwendig, den Druck auf die Gebietskörperschaften zu erneuern, damit man zu einer positiven Lösung des Problems kommt.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## März 2009 Anträge und Initiativen der der KPÖ in Stadtrat und Gemeinderat:

### Puchstraße

2.000 bis 4.000 neue Arbeitsplätze hat der jetzige Bürgermeister Nagl im Innovationspark Graz Puchstraße versprochen. Das war im April 2001. Das Ergebnis ist bescheiden. Es gibt dort nach 8 Jahren insgesamt 400 Arbeitsplätze, nur ein Drittel des Areals ist belegt. KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer erhielt diese Antwort auf ihre

Anfrage im Gemeinderat. Wie sagte Bürgermeister Nagl im April 2001: Das sei „eines der wenigen Stücke“ ... „das uns in den nächsten Jahren sehr viel Freude machen wird“. Wirklich?



### Freie Software

Freie Software an Pflichtschulen wäre besser und kostengünstiger als die derzeit üblichen teuren Programme. Gemeinderat Sikora fordert deshalb die Stadt auf, im Pflichtschulbereich Möglichkeiten des Einsatzes von Open-Source Software zu prüfen, Schulerhalter zu Pilotprojekten zu ermun-

tern, deren Gegenstand der Einsatz von Open-Source Software sowohl im Unterricht als auch in der Verwaltung der Schulen ist, und diese bei der Umsetzung zu unterstützen.



### Fall Fluch: Offene Fragen

Normalerweise kommentiert die Grazer KPÖ nicht die Personalentscheidungen anderer Parteien. Der Rücktritt von Eva Maria Fluch als Stadträtin wirft aber viele Fragen auf. Es geht um die politische Moral, um Machtverhältnisse in Parteien und um das Verhältnis zwischen politischer Referentin und Beamtenapparat.

Leider ist es so, dass die Tatsache der Entfremdung mächtiger Funktionäre vom Leben der Mehrheit der Bevölkerung keine rein männliche Erscheinung ist. Auch Frauen sind nicht davor geschützt, in einem hohen politischen Amt abgehoben zu agieren und zu glauben, dass einige Anstandsregeln nicht für sie gelten. Stadträtin Elke Kahr: Die Diskussion über Fluch hat den Angriff der ÖVP-dominierten Stadtregierung auf die Wirtschaftsbetriebe, den Kanal und die geriatrischen Gesundheitszentren sowie auf die Rechte der öffentlich Bediensteten in der steirischen Landeshauptstadt in den Hintergrund gerückt hat.

Das Eintreten für Sauberkeit in Politik und Verwaltung ist für uns aber mit dem Kampf gegen Auslagerung und Privatisierung städtischen Eigentums untrennbar verbunden.“

### Friedhofsbäume nicht geschützt

Friedhöfe sind von der an sich strengen Grazer Baumschutzverordnung ausgenommen. Darauf macht KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber aufmerksam:

„Daher ist es möglich, dass - beispielsweise am St. Peter Friedhof - Bäume gefällt wurden bzw. gefällt werden sollen, die weder erkrankt noch von Borkenkäfern befallen sind. Konkret handelt es sich u. a. um eine Fichte mit einem Umfang von 2,60 m und eine Eiche mit einem Umfang von drei Metern.“ Manfred Eber fordert Bürgermeister Nagl auf, sich dafür einzusetzen, dass auch Bäume in Friedhöfen künftig von der Baumschutzverordnung der Stadt Graz erfasst werden.



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: [www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)

## Grazer Messe: Wirtschaft soll Kosten tragen!

Schwarz/Grün will viele Bereiche der Stadt ausgliedern und macht damit den Weg zur Privatisierung frei. Immer weniger Bereiche wie die Müllwirtschaft/ Kanal etc. sind in den Händen der Stadt und bringen auch keine Einnahmen mehr. Die Ausgliederung aller Einnahmen der Stadt hat für die Zukunft verheerende Folgen.

Anders ist es bei der Messe. Sie bringt einen Riesenverlust, aber hier zahlt die Stadt kräftig drauf. Ina Bergmann: „Angesichts dieser Situation sind die hohe Investitionen der Stadt und ihre Beteiligung von 80 % an der Grazer Messe nicht ganz verständlich. Die Grazer Messe ist ein Instrument im Interesse der Wirtschaft und sollte auch verstärkt von dieser betrieben werden, die Stadt sollte hier eine bedeutende Reduzierung Ihrer Anteile überlegen. Durch den Verkauf von Messeanteilen kann Geld in die Stadtkasse zurückfließen, weiters wird die jährliche Verlustabdeckung geringer. Man spart somit zusätzliches Geld.“

### Kaiserwaldweg

Der Verkehr hat auf dem Kaiserwaldweg in Waltendorf drastisch zugenommen. Anstatt sich an die geltende 30er Beschränkung zu halten, sehen viele Autofahrer diese Verkehrsfläche als Durchzugs-Schnellstraße und das mitten im Wohngebiet. Eine Asphalt-Bodenschwelle und sämtliche 30er und Wanderweg-Schilder sind entfernt worden.

Hingegen werden wirksame Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung von den Anrainern vermisst. Statt

auf einem sicheren Gehsteig müssen die Kinder in der Regenwasserrinne am Straßenrand zur Schule gehen. Vor kurzem streifte sogar ein eiliger Autofahrer ein Mädchen mit dem Seitenspiegel!

KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch: „Selbst wenn ein Gesamtverkehrskonzept für Waltendorf ein baldiges Ziel sein muss, sind auch im Kaiserwaldweg punktuelle Verkehrsberuhigende und sichernde Maßnahmen so rasch wie möglich anzugehen.“

### Reininghausgründe

Die Entwicklung dieses neuen Stadtteils ist von größter Bedeutung für Graz. Die KPÖ tritt für eine soziale und ökologische Entwicklung ein, die den sozialen Wohnbau einschließt. Nur so können wir das Ziel von 500 (oder mehr) neuen Gemeindewohnungen erreichen. Die Besitzer dieser Gründe haben durch die Umwidmungen eine riesige Wertsteigerung zu erwarten. Es stellt sich die Frage, warum die Stadt Graz in der aktuellen Finanzkrise 200.000 Euro aus Steuergeldern für externe Konsulenten und die Finanzgruppe asset One ausgibt.

### Spezielle Kindergartenplätze

KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer verlangte eine Verbesserung der Situation für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (behinderte Kinder) in den städtischen Kindereinrichtungen.

### Schwarz-grün im Hinterzimmer

Den Grazer Grünen sind Hinterzimmerverhandlungen mit Koalitionspartner ÖVP wichtiger als die Mitsprachemöglichkeit für die Bevölkerung. Deshalb lehnten sie am Donnerstag gemeinsam mit der ÖVP einen Dringlichkeitsantrag der KPÖ für mehr Demokratie in Graz ab.

Dabei ist es so, dass die Schwarzgrüne Privatisierungspolitik sehr wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge wie Müllentsorgung, Kanal, Wasser, Straßenerhaltung, Geriatrische Gesundheitszentren in Gesellschaften ausgliedert und somit der demokratischen Mitsprache des Gemeinderates entzieht. Für wichtige Entscheidungen wie z.B. bei Gebühren und Tarifen ist der Gemeinderat in Zukunft nicht mehr zuständig und hat keinen Einfluss mehr darauf. Die KPÖ wollte eine offene und öffentliche Diskussion über diese Fragen erreichen. ÖVP und Grüne ziehen es aber vor, die anderen Parteien – wie bei der Ausgliederung und den Einschnitten beim Personal – vor vollendete Tatsachen zu stellen.

